

# Der Schlängel



aus der Gemeinde | für die Gemeinde  
**Katzwinkel / Sieg**

Die Zeitung des SPD-Ortsvereins Katzwinkel/Sieg

Nr. 17 Frühjahr 2002

## Deutschland, eine Bananenrepublik?

roma. Seit Jahren wird die Bundesrepublik von Steuerhinterziehungs-, Bestechungs- und Spenden-skandale geschüttelt. Scheinbar geht es quer durch viele Parteien, macht keinen Halt vor Ärzten, Pharmaindustrie, Bauindustrie, Bundeswehrbeschaffungsamt, Landwirtschaft, Schiffsbau, usw.. Geschäfte laufen wohl nur, wenn persönliche Vorteilnahme durchsetzbar ist. Kohl bezahlt 300 000 DM, das war's. Das gegebene Ehrenwort zählt für Kohl mehr als die Einhaltung von Gesetzen, die für jeden gelten sollen. Gegen den noblen Herrn Kanther und Co. werden Verfahren mit der Begründung eingestellt, die Sache wäre verjährt und der CDU wurde kein Schaden zugefügt. Vergessen ist es nicht: die 20 Millionen aus der Schweiz stammten laut Kanther aus einem "jüdischen Vermächtnis". Gegen den Ex-CSU Generalsekretär Portzner wird wegen Steuerhinterziehung ermittelt. Kölner SPD-Parteigrößen sind verantwortlich für einen widerwärtigen Parteispendenskandal. Welche Kreise dieses noch zieht, ist abzuwarten. Rückhaltlose, brutalsmögliche Aufklärung, all das haben wir schon einmal gehört. Viele anständige Mitarbeiter in den Parteibasen der betroffenen Parteien machen ihre ehrliche Arbeit und das noch ehrenamtlich. Man fällt ihnen tatsächlich in den Rücken. Wem kann man noch trauen? Die Kleinen hängt man, und die Großen läßt man laufen. Bei Otto-Normalbürger wir das Vergehen mit der vom Gesetz vorgegebenen Härte bestraft, bei den Großen handelt es sich um ein Kavaliersdelikt. Vor

dem Gesetz sind alle gleich, nur einige sind "gleicher".

Und nun noch das: die "Muppet-Show" am 22. März 2002 im Bundesrat. Es ging um die Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes, das nach vielen Beratungen (Süßmuth (CDU)-Kommission, Müller (CDU)-Papier, Zustimmung durch Wirtschaft, Gewerkschaften und Kirchen) verabschiedet werden sollte. Es ging nicht mehr um das vorgelegte Gesetz, das die Zuwanderung **im Sinne der deutschen Interessen begrenzen** soll, sondern um das Machtduell Schröder/Stoiber. Der 22. September läßt grüßen. Peter Müller (CDU), Ministerpräsident des Saarlandes, nannte den Bundesrat am Sonntag den 24. März 2002 eine "Muppet-Show".

Fortsetzung nächste Seite.

## Die Themen:

- Aus der Fraktion
- Ž Aus unserer Geschichte
- Nie arbeitslos
- 1.Mai: woher, wohin
- ' Unsere Bundestagskandidatin
- ' SPD „60plus“
- “ Politik und Bürokratie gegen Kinder
- Auszug aus der Rede des Niedersächsischen Ministerpräsidenten
- “ Eckpunkte Zuwanderungsgesetz
- Kleine Ratetüchse - Gewinner  
- Neues Rätsel

### Fortsetzung: *Deutschland, eine Bananenrepublik?*

Mit Empörung hatte die Union gegen die Zustimmung des Bundesrats zum Zuwanderungsgesetz protestiert. Doch diese Empörung "entstand nicht spontan, die haben wir verabredet" sagte der "schwarze Peter", wie Müller von politischen Freunden und Gegnern bisweilen genannt wird: "Das war Theater." Das Theater der CDU/CSU galt Manfred Stolpe (SPD), der als Ministerpräsident von Brandenburg für die Zuwanderung gestimmt hatte. "Es war legitimes Theater, weil dort zum Ausdruck gebrachte Empörung einen ehrlichen Hintergrund hatte", rechtfertigte Müller später die "Inszenierung" seiner Partei.

Schönbohm, nach seinem Nein bei der Abstimmung, will die große Koalition mit der SPD halten. Stolpe wollte, weil er Koalitionsvertragsbruch begangen hatte, vor dem brandenburgischen Land-

tag die Vertrauensfrage stellen. Schönbohm will es nicht. Neuwahlen will die CDU auch nicht, da das PDS-Gespenst reale Züge annimmt. Aber auch Stolpe hält an der Koalition mit der CDU fest. Zwischen den beiden Herren scheint die Chemie zu stimmen. Nach dem der Pulverdampf verzogen war, äußerte Schönbohm sich vor der Presse: "die Zuwanderung hat für das Land Brandenburg kein so großes Gewicht". Da soll man das Theater vom 22. März noch verstehen. Doch, der 22. September wirft seine Schatten voraus. Es geht nicht mehr um die Sache, es geht um Macht. Zur sachlichen Beurteilung des Zuwanderungsgesetzes lesen Sie, liebe Schlägel-Leserinnen und -Leser, bitte den Beitrag in dieser Ausgabe "Was steht drin? Die Eckpunkte des Zuwanderungsgesetzes."

*Ihre Redaktion*

## Aus der Fraktion

Über die Gemeinderatssitzung vom 12. März 2002 ist in der Rhein-Zeitung und Sieger Zeitung ausführlich berichtet worden. Tatsache ist, die Gemeinde hat eine hohe Pro-Kopf-Verschuldung, die mittlerweile bei "stolzen" 1.271 DM (Vergleich: 1999 gleich 853 DM) liegt. Der Landesdurchschnitt in Rheinland-Pfalz lag im Jahre 2000 bei 622 DM. Das heißt: Jede Mark, ab 1. Januar 2002 jeder Euro, muß zehnmal umgedreht werden bis er ausgegeben werden darf. Sachgerechter Mitteleinsatz ist gefragt. Nicht wer die schönsten Augen macht, wird bedient, sondern die Notwendigkeit gibt die Vorlage. Die SPD-Fraktion hatte am 18. November 1999 ein Konzept zur Haushaltssanierung dem Rat vorgelegt. Quittiert wurde der Vorschlag mit Gelächter. Worte wie unseriös, Taschenspielertricks usw. fielen seitens der CDU-Mehrheitsfraktion. Der Bürgermeister hielt sich auch nicht zurück. Mittlerweile hat man einige SPD-Vorschläge aufgegriffen und verwirklicht. Schön, die Vernunft siegt, wenn man sich mit der schwierigen Finanzlage der Gemeinde beschäftigt.

Dazu zählt nun endlich auch das Betreiben der Postagentur. Die SPD forderte stets den Einblick in ein transparentes Zahlenwerk und ein nahezu kostendeckenden Betrieb. In einer der letzten Schlägel-Ausgaben gaben wir der Hoffnung Ausdruck, daß durch Schließung der KSK-Filiale, die Postbank in der Postagentur Nutznießer sein wird. Der Bürger hat sich zum großen Teil anders entschie-

den. Seit dem 12. März will nun auch die CDU bis zum 30. Juni 2002 eine Leistungsanalyse in der Postagentur durchführen lassen. Produkte, Öffnungszeiten und damit auch der Personaleinsatz kommen auf den Prüfstand. Die CDU hat eingesehen, daß man die Augen vor den Schulden nicht verschließen kann. Von 1999 bis Ende 2002 werden ca. 36.000 DM an Schulden aufgelaufen sein. Im erst kürzlich mit dem Verbandsgemeindeblatt verteilten CDU-"Eigenlobblatt" schrieb die CDU zur Postagentur: "Auf Initiative der CDU-Fraktion im Gemeinderat betreibt die Gemeinde seit 1999 trotz Widerstand der SPD-Opposition **erfolgreich** die Postagentur und verhinderte damit die Schließung dieser Einrichtung durch die Post." Übrigens bleibt die Post per Gesetz weiterhin in der Verpflichtung, den Postbetrieb in unserer Region aufrechtzuerhalten.

Unvergessen bleibt der Ausspruch des CDU-Fraktionsvorsitzenden Hubert Becher in der öffentlichen Gemeinderatssitzung: "Der CDU-Ortsverband Katzwinkel-Elkhausen will die Postagentur betreiben." Auf einmal ging es doch nicht und der Betrieb der Postagentur landete bei der Gemeinde. Wie die Zeiten sich ändern. Die CDU war damals sehr weit von den Vorstellungen der SPD-Fraktion abgerückt und ist jetzt auf SPD-Kurs. Wie bereits gesagt: Die Vernunft bricht durch, auch wenn es manchmal sehr sehr lange dauert und den Bürgerinnen und Bürgern viel Geld kostet.

*Ihr Manfred Roesse, Fraktionsvorsitzender*

## Die Grube „Vereinigung“

Fortsetzung von Schlägel Nr. 16

Die Vereinigte Stahlwerke van der Zypen und Wissener Eisenhütte AG mit dem Sitz in Wissen übernahm um 1900 die Grube "Vereinigung" und begann mit weitergehenden Modernisierungsmaßnahmen. Ein neuer Hauptförderschacht wurde geteuft, versehen mit einer elektrischen Fördermaschine. Die Pumpen untertage wurden elektrifiziert und erste Seilbahnen auf der 500 und 540 m Sohle eingebaut. Der tiefere Aufschluß der Grube erfolgte danach ab der 580 m Sohle bzw. 660 m Sohle durch die Blindschächte 3, 4 und darunter 5.

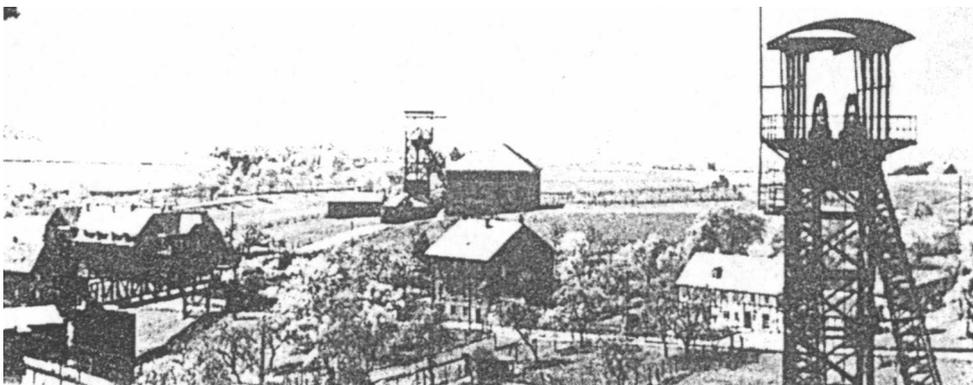
Um eine Zentralisierung der Förderung der Nachbargrube "Vereinigung" und Wingertshardt zu erreichen, wurde auf der 460 m Sohle eine Verbindungsstrecke zur Wingertshardt gehauen. Zunächst wurde ein Teil der Förderung, später die gesamte Förderung der Grube Wingertshardt zur Vereinigung gebracht und dort zu Tage gefördert. Neben dem Verbund der "Vereinigung" mit Wingertshardt, die einem Besitzer gehörten, hatte die Grube in Katzwinkel 1926 die höchste Förderkapazität im Siegerland mit 192.000 t und zusammen über 800 Mann Belegschaft. Die Wirtschaftskrisen der Jahre 1925/26 und 1931 bis 1933 konnte die Grube einigermaßen gut überstehen.

Mit zunehmender Teufe erreichte die Grube bei 620 m und 660 m die größten Gangvorkommen. So wurde der Hauptgang auf der 660 m Sohle so mächtig, daß er in ein hängendes und liegendes Mittel durch einen Sicherheitspfeiler geteilt werden mußte. Mächtigkeiten von 24 m waren keine Selten

heit. Monatsförderungen bis zu 18.000 t wurden in den 30er Jahren erreicht. Und konnten fast konstant bis Kriegsende beibehalten werden. Nach dem Krieg gingen die Fördermengen zurück. Die Gangausbildung verschlechterte sich ab der 700 m Sohle schnell. Eine ganze Reihe Untersuchungsarbeiten ergaben auf den tieferen Sohlen wenig hoffnungsvolle Ergebnisse. Lediglich auf der 600 m Sohle erreichte man den Gang Reutersbruch mit einer Gangfläche von rund 1.000 m<sup>2</sup>. Dieses Gangmittel Reutersbruch konnte ab 1960 abgebaut werden mit einer Monatsförderung von 5.000 t. Die in Schachtnähe gelegenen Gangmittel waren zu diesem Zeitpunkt erschöpft. Die tieferen Sohlen bis 660 m wurden unter Wasser gesetzt. Für den Abbau des Gangmittels Reutersbruch blieben die Tagesschächte und Anlagen erhalten. Die Belegschaft von 185 Mann 1960 wurde weiter abgebaut auf 150 Bergleute. Die hier freigewordenen Arbeitskräfte konnten von der Grube Eupel in Niederhövels übernommen werden. Eine Strukturkrise im Erzbergbau, bedingt durch Absatzschwierigkeiten, zeichnete sich ab Anfang 1960 immer deutlicher ab. Hinzu kam für die "Vereinigung" die Erschöpfung ihrer Lagerstätten. Am 30. Juli 1963 wurde die Förderung auf Reutersbruch eingestellt, und dies bedeutete das Ende der Grube "Vereinigung". 127 Jahre Grubengeschichte der "Vereinigung" waren damit zu Ende.

**Hermann Reifenrath (†)**

Wird fortgesetzt.



1930  
 350  
 500  
 600  
 700  
 800  
 900  
 1000  
 1100  
 1200  
 1300  
 1400  
 1500  
 1600  
 1700  
 1800  
 1900  
 2000

## Nie arbeitslos

roma. Zu den wenigen, die in Deutschland nie arbeitslos werden konnten, zählte Bernhard Jagoda (61). Der ehemalige Chef der Bundesanstalt für Arbeit (BA) war Wahlbeamter und bis 2005 unkündbar. Wochenlang agierte die Aufsicht der Bundesanstalt hilflos: Obwohl Jagodas Behörde mit "Luftbuchungen" über Jahre eine geschönte Erfolgsbilanz vorlegt hatte, zögerte der BA-Vorstand, in Sachen Jagoda tätig zu werden. Der CDU-Mann, Chef von 87 500 Mitarbeitern, klebte lange am Amt und ließ verlauten, dass "bei Sturm ein Kapitän nicht von Bord" gehe. Der Druck wurde jedoch zu stark. Freiwillig aber ging Jagoda nicht, weil er dann sämtliche Pensionsansprüche verloren hätte. Also ging das Geschachere los, wie er ohne finanziellen Verlust aus dem Amt geholt werden konnte. Worauf es hinausgelaufen sein könnte: Urlaub bei vollen Bezügen bis 2005 und dann eine wohlausstaffierte Pension. Das schmerzt.

Der Wechsel ist vollzogen. Florian Gerster, früher Sozialminister von Rheinland-Pfalz, ist Vorstandschef in Nürnberg. Nicht nur der Amtsinhaber, auch das Amt ist neu. Jagoda nannte sich noch Präsident.

Gleichzeitig traten Sofortmaßnahmen in Kraft, die Arbeitslosen neue Wege öffnen. Entscheidend für den Erfolg ist nicht nur das Engagement der Arbeitsämter, sondern auch der Wille der Arbeitgeber neue Mitarbeiter einzustellen. Mag sein, dass die Situation auf dem Arbeitsmarkt auch mit der nahenden Bundestagswahl und mit der Weltwirtschaft zusammenhängt. Tatsache jedoch ist die Ausweitung von Überstunden in den Betrieben und der sogenannten Schattenwirtschaft, besser unter dem Namen "Schwarzarbeit" bekannt. Das Ziel "die Arbeitslosenzahl auf 3,5 Millionen zu senken," ist nicht durch eine einzelne Person erreichbar. Alle, die noch Verantwortung für unser deutsches Gemeinwohl zeigen, können bessere Bedingungen für zur Erreichung dieses Ziel schaffen.

Nur von Globalisierung, Aktienkursen, Aktiengewinnen, Subventionen, Firmenschließungen, Insolvenzen, Mitarbeiterentlassungen zu sprechen,

bringt mit Sicherheit keine Besserung der Wirtschaftslage in Deutschland.

Viele, zum Glück nicht alle, verantwortlichen Führungskräfte in Deutschland gehen heute den bequemen, kurzfristig angelegten Weg. Risikobereitschaft, Investition, Langfristigkeit, Verantwortung für die Zukunft des Unternehmens und für ihre Mitarbeiter waren in den zurückliegenden Jahren Bausteine der sozialen Sicherheit, des sozialen Friedens, der Berechenbarkeit, des Erfolgs und einer stabilen Wirtschaft mit ansehnlichen Wachstumsraten. Termintreue, Zuverlässigkeit, Qualität, Vertragstreue waren die Stützen unseres Markenzeichens "Made in Germany". Hoffen wir, daß der Weg dorthin wieder gefunden werden kann.

**Der Fliesen-Profi**  
**hat ein Herz für Bauherren**  
**Er berät, gestaltet, verlegt, verkauft**  
**und gibt Tips zum Selbermachen**

**FLIESEN PROFI**

**Fliesenfachgeschäft**  
**Günter Vor**  
 Wissener Str. 102  
 Morsbach-Volperhausen  
 Tel. + Fax: 0 22 94 / 18 24

Besuchen Sie uns:  
 Mo. - Mi.: 14.00 - 18.00  
 Do. - Fr.: 9.00 - 12.00,  
 14.00 - 18.00  
 Sa.: 9.00 - 12.00

# 1. Mai: woher, wohin

## Eine Mini-Geschichte des 1. Mai

frgü. „Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine große internationale Manifestation zu organisieren, und zwar dergestalt, dass gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten die Forderung richten...“

Am 14. Juli 1889, 100 Jahre nach der Erstürmung der Bastille, kam der internationale Arbeiterkongreß in Paris zusammen. Er legte in seinem Beschluß den „offiziellen“ Grundstein für einen gemeinsamen Arbeiterfeiertag. Vorläufer gab es schon seit Beginn der Industrialisierung, etwa in Amerika und Australien.

„Arbeiter, welche aus Anlaß sozialdemokratischer Agitation am 1. Mai von der Arbeit fortbleiben, werden als kontaktbrüchig entlassen und vor dem 11. Mai nicht wieder eingestellt.“

Anschlag in einer Fabrik, um die erste Maidemonstration zu unterbinden.

## Aus den Anfängen der Maifeiern

Dafür zogen die ersten Mai-Demonstranten auf die Straße:

- 8-Stunden Tag und freier Sonntag. Arbeitszeit damals 12 bis 14 Std. täglich, an 6 bis 7 Tage die Woche.
- Verbot der Kinderarbeit.
- Arbeiterschutzgesetze.
- Allgemeines Wahlrecht.
- Koalitionsfreiheit: das Recht, sich in Gewerkschaften zusammenzuschließen.

## Maidemonstrationen Gegen den Krieg:

„Wer gegen Krieg ist, erscheint am 1. Mai abends acht Uhr, Potsdamer Platz in Berlin Brot! Freiheit! Frieden!“

Maiaufruf während des 1. Weltkrieges

## In der Illegalität:

Die Nazis verboten die Gewerkschaften, inszenierten aber große Aufmärsche zu ihrem „Feiertag der nationalen Arbeit“. Der „richtige“ 1. Mai wurde

konspirativ begangen, in kleinen Zirkeln, auch in Konzentrationslagern.



1. Mai-Kundgebung des Bayerischen Gewerkschaftsbundes auf dem Nürnberger Hauptmarkt. Fotografie, 1948 DGB Kreis Industrieregion Mittelfranken, Nürnberg

## International:

In manchen Ländern dürfen Arbeiter auch heute nicht zum 1. Mai aufrufen. Gewerkschafter, die sich für elementare Menschenrechte und bessere Arbeitsbedingungen einsetzen, werden verfolgt. Immer wieder ist z.B. Südkorea nach dem 1. Mai in den Schlagzeilen, mit staatlicher Gewalt gegen demonstrierende Arbeiter.

## Maikundgebungen heute:

... finden an mehreren hundert Orten in Deutschland statt. Im Mittelpunkt der Reden wird wohl die diesjährige Tarifeinwanderung und das Gesetz zur Zuwanderung stehen.

## Maikundgebungen morgen:

...bleiben wohl aktuell. Denn ob der 1. Mai überleben wird oder soll und wenn ja, in welcher Form – die Diskussion ist fast genauso alt wie der Maifeiertag selbst. Und der hat sie bis zum heutigen Tag überstanden!

„Leider darf nicht verschwiegen werden, dass verschiedentlich Genossen, politisch und gewerkschaftlich organisierte, selbst da, wo ihnen von den Unternehmern keine Hindernisse in den Weg gelegt wurden, die Maifeiern nicht begangen haben...“

Aus einer SPD-Debatte zur Maifeier 1901

Quellen: IG Metall und INM

Unsere Bundestagskandidatin schreibt**Schwerpunkt Jugendpolitik****„Junge Menschen brauchen eine Aufgabe“, sagt Sabine Bätzing**

„Ich hatte einfach keinen Bock morgens aufzustehen.“ Diesen Satz habe ich früher auf dem Sozialamt öfters – gerade auch von jungen Leuten gehört. Warum? Warum kommt ein 20jähriger junger Mann nicht regelmäßig seiner Arbeit nach und riskiert damit seine Entlassung und die Arbeitslosigkeit?

Zu viele junge Menschen, die die Schule abgebrochen und keine Lehrstelle gefunden haben, fallen anscheinend automatisch in einen anderen Trott. Ihr Tag ist nicht mehr strukturiert, ohne Perspektiven und ohne Lebensqualität. Je länger dieser „Zustand“ dauert, desto schwerer fällt ihnen die „Selbstverständlichkeit“, täglich früh aufzustehen, weiter auf Arbeitssuche zu gehen und nach vorn zu blicken. Eine Spirale ohne Ende...

**Das müssen wir verhindern! Hier muss die Hilfe so früh wie möglich ansetzen.**

Schwerpunkt meiner politischen Arbeit wird die Jugendpolitik sein, die nicht isoliert betrachtet werden darf, sondern sich vor allem in der Arbeitsmarktpolitik wiederfindet. Aber nicht nur dort. Es gibt keine Patentmedizin gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Aber es gibt glücklicherweise eine Reihe von Initiativen.

Dazu zwei Beispiele: Im Kreis Altenkirchen hilft die Neue Arbeit e.V. mit ihrer Jugendwerkstatt "Bike" Jugendlichen ohne Berufsausbildung. Der Einstieg ist einfach: unter Anleitung können viele handwerkliche Techniken ausprobiert werden. Ergebnis: Das Erleben von Gemeinschaft und Erfolg stärkt das Selbstvertrauen; die pädagogische Begleitung hilft bei der Entwicklung von realistischen Perspektiven, die Hürden für eine Wiedereingliederung in die Gesellschaft und den Wiedereinstieg in Beschäftigung sind nahezu verschwunden.

Im Kreis Neuwied wendet sich die Arbeiterwohlfahrt (AWO) mit ihrem Projekt „Jugend in Arbeit“ an arbeitslose Jugendliche ohne Schulabschluss. Ihnen sollen mit gezielten und geförderten Maßnahmen neue Perspektiven geboten werden, vor allem eine Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. Neben einer Kennenlern- und Eingewöhnungsphase, die gerade für die Integration besonders wichtig ist, liegt der Ausbildungs-Schwerpunkt in der Erlangung und in der Steigerung ihrer Basisqualifikationen. Sozialpädagogen betreuen sie dabei. Der Erfolg gibt der Maßnahme recht, den viele



haben inzwischen die neuen Chancen nutzen können.

Die gute Zusammenarbeit der Sozialämter, der Arbeitsämter und der freien Träger ist dringend erforderlich, damit Probleme früher erkannt und auf einer breiteren Basis bereinigt werden können. Mehr Qualifikation ist erforderlich, aber auch Flexibilität ist ein Stichwort, welches groß geschrieben werden muss.

Jugendpolitik endet nicht, wenn die Betroffenen ihre Lehre erfolgreich abschliessen. Vielmehr stellt sich dann die Frage: „Was kommt nun?“ Wenn nach der Ausbildung kein Arbeitsplatz für die jungen Menschen zur Verfügung steht, können die Kooperation und die Bemühungen der Beteiligten fast umsonst gewesen sein. Wenn die Qualifikation nur die lange Wartezeit auf einen Arbeitsplatz verschleiern soll und wenn der ganze Trott drei oder vier Jahre später, aber mit allen seinen dunklen Facetten, dennoch einsetzt, dann hat der moderne Industriestaat seine soziale Seite verspielt.

Die geschilderte Situation gilt für viele. Das ist unsere Realität, manchmal direkt vor der Haustür. Ich habe sie miterlebt und kann das Verhalten von vielen Jugendlichen in ihrer Perspektivlosigkeit auch nachvollziehen, nur: soweit darf es gar nicht erst kommen !

**Dafür setze ich mich ein !**

# SPD „60plus“

Arbeitskreis im Ortsverein Wissen

Liebe Katzwinkler Freundinnen und Freunde,

der Arbeitskreis SPD „60plus“ im Ortsverein Wissen, bietet für Gleichgesinnte jährlich einige interessante Fahrten und Veranstaltungen an.

Im Jahr 2002 bieten wir folgende Unternehmungen an und laden dazu die Katzwinkler Freundinnen und Freunde herzlich ein.

1. Im Mai besichtigen wir die Kläranlage in Au-Windeck und wollen uns anschließend in der Fischerhütte in Wissen zu einem gemeinsamen Fischessen, geräucherte Forelle mit Salaten, treffen und gemütlich einige Stunden gemeinsam verbringen. Hierzu ergeht noch eine Einladung.
2. für den 10. Juli 2002 sind wir zur Rhein-Zeitung nach Koblenz eingeladen. Dort werden wir den Verlag besichtigen und uns über die Entstehung der Zeitung informieren. Im Anschluss fahren wir nach Koblenz und nehmen auf der Rheinterrasse das Mittagessen ein. Eine Schiffsfahrt nach Braubach schließt sich an. In Braubach werden wir mit einer kleinen Stadtbahn zur Marksburg fahren oder einen Stadtbummel durch die Altstadt unternehmen. Anschließend fahren wir über Bad Ems und den Westerwald wieder nach Hause.



Zu dieser Tagesfahrt mit dem Bus möchten wir die Katzwinkler Freunde herzlich einladen und



würden uns freuen, wenn einige Mitglieder, Freunde und Gönner sich der Fahrt anschließen könnten, damit wir uns besser kennen lernen und einen interessanten Tag gemeinsam erleben.

3. Den Bundestagswahlkampf am 22. September 2002 wollen wir ebenfalls unterstützen und uns bei den Wahlvorbereitungen einbringen, wenn wir gebraucht werden. Eine Wahl kann nur gemeinsam mit Jung und Alt gewonnen werden, denn wir SPD „60plus“ Mitglieder sind Stammwähler unserer Partei, wir wollen mitbestimmen und gehören noch nicht ins Abseits.
4. Für den Herbst werden wir ein Informationsgespräch über ein interessantes Thema, evtl. Pflege älterer Menschen, Vorsorgevollmacht usw., mit einem versierten Referenten anbieten. Auch der Advent soll für einen gemütlichen Nachmittag genutzt werden um wieder ein interessantes Thema zu erörtern.

Liebe Katzwinkler SPD „60plus“ Freundinnen und Freunde,

der Wissener Arbeitskreis SPD „60plus“ würde sich freuen, wenn Ihr unsere Einladungen annehmen und mitfahren würdet. Wir werden Euch rechtzeitig informieren. Eure Ehefrauen, Freunde und Gönner können an allen Veranstaltungen teilnehmen.

*Erwin Heidrich, Vorsitzender*

Kontaktaufnahme:

Reinhold Bröhl, Tel.: 02741/7466,

Erwin Heidrich, Tel.: 02742/3145

Edeltrud Ottersbach, Tel.: 02742/3772.

## Die Politik und die Bürokratie tun sich sehr schwer mit Kindern

# Politik und Bürokratie gegen Kinder

Die Kommunen sprechen: "Es muß mehr für die Kinder getan werden!" Aber sie nehmen die Kinder nicht für voll, im Gegenteil, in vielen Fällen werden Leuten die etwas für Kinder tun wollen Steine in den Weg gelegt.

1995 wurde Katzwinkel das Konzept eines Freizeit und Jugendtreff mit Zeichnung eines Architekten und einem Tourismusplan vorgestellt. Auf eine Reaktion seitens der Kommune warte ich heute noch! (so Gerhard Judt) Jedoch die VG Kirchen und die Fa. Gebrüder Schmidt in Freusburg zeigten Interesse: Mittlerweile betreibt die JSRG Katzwinkel mit der VG Kirchen den bundesweit



ersten, und auch bis jetzt einzigen Fahrradsicherheits- und Lernparcour für Kinder auf dem Mitarbeiterparkplatz der Firma Gebr. Schmidt in Freusburg.

Resultat: Die jungen Radfahrer aus dem hiesigen Raum sind die anerkannt besten in Rheinland-Pfalz. Weltunternehmen wie z.B. Daimler Chrysler Moskau bitten die JSRG um Unterstützung, die Unfallzahlen radfahrender Kinder zu senken. Fazit: Ein Weltunternehmen aus dem Ausland zeigt mehr Interesse an der Arbeit der JSRG Katzwinkel wie die eigene Kommune.

*Christoph Böhmer  
Klasse 8e, DOS Kirchen*

## Auszug aus der Rede des Niedersächsischen Ministerpräsidenten Sigmar Gabriel zum Zuwanderungsgesetz am 22.03.2002 im Bundesrat

Meine Damen und Herren,  
Sie vermissen im Gesetzentwurf der Bundesregierung konkrete Regelungen zur Begrenzung der Zuwanderung. Die Niedersächsische Landesregierung hat bereits mehrfach erklärt, dass es eine nennenswerte Begrenzung der bereits stattfindenden Zuwanderung nur geben kann, wenn für die größte Zuwanderergruppe, nämlich die Spätaussiedler und ihre ausländischen Familienangehörigen, ein anderes Aufnahmeverfahren festgelegt wird.

Deutschland hat seit 1950 über 4,1 Mio. Aussiedler und Spätaussiedler aufgenommen und integriert. Fast 6 Jahrzehnte nach Kriegsende besteht dringender Änderungsbedarf. Die so bezeichneten Spätaussiedler sind ganz überwiegend keine Deutschen mehr; über drei Viertel der Neuankömmlinge sind inzwischen nicht-deutsche Angehörige. Bestimmende Ausreisemotive sind materielle und ökonomische Faktoren. Nach dem geltenden Recht können noch über Jahrzehnte jährlich rd. 100.000

Spätaussiedler zu uns kommen. Die Niedersächsische Landesregierung will hier Änderungen erreichen. Die Spätaussiedler aus den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion sollen denen aus anderen Staaten Osteuropas gleichgestellt werden, weil es für eine Ungleichbehandlung keinen ausreichenden Grund mehr gibt, da inzwischen auch in Russland und Kasachstan auf Grund der deutschen Volkszugehörigkeit keinerlei Benachteiligungen mehr bestehen.

Dies würde zu einem erheblichen Rückgang der Aussiedlerzahlen führen. Die Landesregierung hat deshalb einen entsprechenden Gesetzentwurf dem Bundesrat zugeleitet.

Sofern es der CDU/CSU tatsächlich um eine echte Begrenzung der Zuwanderung gehen sollte, müsste sie diesem Vorschlag zustimmen. Ich bin der festen Überzeugung, dass es in absehbarer Zeit für eine entsprechende gesetzliche Neuregelung eine Mehrheit bei den Ländern gibt.

**Was steht drin?****Die Eckpunkte des Zuwanderungsgesetzes**

Beinahe acht Monate lang wurde über das Zuwanderungsgesetz der rot-grünen Koalition gestritten. Innenminister Otto Schily hatte den ersten Entwurf bereits Anfang August 2001 vorgelegt. Anschließend wurde er noch zweimal überarbeitet. Am Freitag stimmte der Bundesrat mit hauchdünner Mehrheit dem "Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern" zu. Es soll am 1. Januar 2003 in Kraft treten. Hier die wichtigsten Eckpunkte:

**Zielsetzung:** Als Ziel wird in Paragraf 1 die "Steuerung und Begrenzung des Zuzugs von Ausländern in die Bundesrepublik Deutschland" definiert. Das Gesetz ermögliche und gestalte Zuwanderung "unter Berücksichtigung der Integrationsfähigkeit sowie der wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Interessen". Zugleich diene es der Erfüllung der humanitären Verpflichtungen Deutschlands.

**Aufenthaltstitel:** Kernstück des Zuwanderungsgesetzes ist eine umfassende Neuregelung des Ausländerrechts. Die Zahl der Aufenthaltstitel wird von fünf auf zwei reduziert. Künftig gibt es nur noch die befristete Aufenthaltserlaubnis und die unbefristete Niederlassungserlaubnis. Die Duldung wird abgeschafft. Die 250.000 geduldeten Ausländer erhalten die Chance auf eine Aufenthaltserlaubnis.

**Arbeitsmigration:** Der Zuzug von Fachkräften wird erleichtert. Die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte darf von der Bundesanstalt für Arbeit aber nur genehmigt werden, wenn sich keine nachteiligen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt ergeben. Ausländischen Studienabsolventen wird nach Zustimmung der Arbeitsverwaltung die Arbeitsaufnahme ermöglicht. Für die Zuwanderung von Selbstständigen wird eine rechtliche Grundlage geschaffen. Voraussetzung ist, dass ein übergeordnetes wirtschaftliches Interesse besteht.

**Asyl:** Geschlechtsspezifisch und nichtstaatlich Verfolgte erhalten Abschiebeschutz. Die Sozialleistungen für Asyl-

bewerber werden eingeschränkt: Nach der bisherigen Regelung erhielten ausreisepflichtige Personen und Asylbewerber nach drei Jahren Leistungen nach dem Sozialhilfegesetz. Künftig sollen diese Personen für die gesamte Dauer des Asylverfahrens Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Damit soll der Anreiz vermieden werden, die Asylverfahren und die Beendigung des Aufenthalts zu verzögern.

**Ausreisepflicht:** Das Gesetz sieht vor, den Aufenthalt von ausreisepflichtigen Personen räumlich zu beschränken. Vorgesehen ist auch die Möglichkeit, die betroffenen Personen zu verpflichten, in einer Ausreisereinrichtung zu wohnen. Die Bereitschaft zur freiwilligen Ausreise soll damit gefördert werden.

**Familienzusammenführung:** Das Nachzugsalter für ausländische Kinder soll von 16 auf zwölf Jahre gesenkt werden. Ausnahmen sind unter Berücksichtigung des Kindeswohls, der familiären Situation und der Sprachkenntnisse möglich. Für Kinder, die im Familienverbund einreisen, liegt die Grenze grundsätzlich bei 18 Jahren.

**Härtefallregelung:** Die Länder erhalten das Recht, abweichend von den sonstigen Regelungen Aufenthaltstitel zu erteilen, wenn dies durch "dringende humanitäre oder persönliche Gründe" gerechtfertigt erscheint.

**Integration:** Ausländer, die sich dauerhaft im Bundesgebiet aufhalten, erhalten das Recht und teilweise auch die Pflicht zur Teilnahme an Integrationskursen, in denen neben Sprache auch Kenntnisse über die deutsche Rechtsordnung, Gesellschaft und Kultur vermittelt werden sollen. Die Kosten sollen zwischen Bund und Ländern geteilt werden; aber auch ein "angemessener Kostenbeitrag" der Teilnehmer ist vorgesehen.

**Schnell & Co GmbH**

BAD • HEIZUNG

Birlenbacher Str. 10 · 57072 Siegen Fax 0271/4 88 60 - 39  
Telefon: 0271/4 88 60 - 0 0271/4 88 60 - 40



Fachhandel mit **FORMAT**

**Matthias Sabel** Außendienstmitarbeiter  
Bühler Straße 53 · 57258 Freudenberg-Aichen · Tel.: 0271/37 15 35  
Auto: 0171/5 49 46 40

**Impressum**

**Herausgeber:**  
SPD-Ortsverein Katzwinkel

**Verantwortlich und Redaktionsanschrift:**  
Manfred Riese, Tannenweg 4  
57581 Katzwinkel

**Redaktion:**  
Manfred Riese (roma)  
Reinhold Bröhl (brre)  
Günter Freese (frgü)  
Sylvia Hariri (hasy)  
Friedhelm Heck (hefr)  
Alois Herzog (alhe)  
Berthold Brenner (bb)  
Gisela Reichenberger (regi)  
Frank Näckel (nä / „Doc“)

**Für Anzeigen:**  
Friedhelm Heck,  
Knappenstr.  
57581 Katzwinkel

**Satz:**  
Berthold Brenner

**Eigendruck:**  
Frank Näckel



Arbeiterwohlfahrt  
**Kreisverband  
Altenkirchen e.V.**

Eisenbahnstraße 1a  
57518 Betzdorf  
Tel./Fax 02741/970562

Schuldnerberatung  
Kleiderkammer

**Betreuungsverein**

der Arbeiterwohlfahrt  
Altenkirchen e.V.  
Bahnstraße. 1  
57548 Kirchen

Tel.: 02741 - 93050-1  
Fax: 02741 - 93050-2

Wir geben Auskunft über Betreuungsgesetz  
Wir beraten und unterstützen die Betreuer/innen  
Wir bieten Fortbildungen an.

## Die Gewinner

Unter den vielen richtigen Einsendungen beim letzten Ratefuchspiel wurden folgende Kinder per Los als Gewinner von je einem CD – Gutschein ermittelt:  
(von links)

- Annika Judt**  
aus Katzwinkel,
- Franziska Bender**  
aus Selbach,
- Jennifer Hörner**  
aus Katzwinkel.



## Für kleine Ratefuchse Neues Spiel – neues Glück

Und auf geht's in die nächste Runde. Auch diesmal gibt es wieder 3 tolle Bücher oder CD's zu gewinnen. Wie immer bildet ihr aus den Silben die Antworten. Die ersten Buchstaben ergeben zusammen das Lösungswort.

an-block-chen-cher-der-e-eich-flö-gast-ge-hei-herd-hörn-land-le-le-lekt-me-i-nie-pan  
ra-res-rie-ro-rung-sach-schaft-schrank-sen-stät-stel-ster-strei-tau-te-ten-tet-un-ver-zer

- 1. Lokale, Wirtshäuser .....
- 2. Wiederherstellung .....
- 3. ledig .....
- 4. Holzblasinstrument .....
- 5. moderne Kochstelle .....
- 6. Bundesland .....
- 7. Vagabund .....
- 8. Schiffs- / Liegeplatz .....
- 9. Wettkampf im Sport .....
- 10. Tresor .....
- 11. heimisches Nagetier .....

Schreibt das Lösungswort zusammen mit eurem Namen, dem Alter und der Adresse auf eine Postkarte oder einen Zettel und sendet ihn an:

**Reinhold Bröhl, Tannenweg 1,  
57581 Katzwinkel**

Wer das Porto sparen will, kann die Lösung auch selbst dort in den Briefkasten werfen. Unter den richtigen Einsendungen entscheidet das Los. Viel Glück!

Lösungswort: \_ \_ \_ \_ \_